



Kreishaus, Jülicher Ring
Postfach 1145
53861 Euskirchen
Tel.: 02251-15510/Fax: 02251-15246
e-Mail: gruene-kreistagsfraktion-eu@t-online.de
Home: www.gruene-kreistag-eu.de

	R 12/2019
Datum:	03.07.2019

Az.:

Öffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Kreistag

10.07.2019

**Ausrufung des Klimanotstandes;
hier Resolution der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency („Klimanotstandes“).

Begründung

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegenzuwirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Das britische und irische Parlament riefen den Klimanotstand aus. Weltweit folgten Städte wie Los Angeles, Vancouver, Oakland und Basel und in Deutschland Konstanz, Kiel, Münster, Telgte, und Drensteinfurt. Zahlreiche

weitere Städte und Kommunen beschäftigen sich aktuell mit der Beschlussfassung. An dieser Entwicklung muss der Kreis sich beteiligen.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen und politischen Entscheidungen des Kreistages sind eine sehr gute Basis zur Fortschreibung und Weiterentwicklung der erreichten Ergebnisse. Diese gilt es unter neuer Priorisierung zu forcieren.

Damit wird ein klares Signal gesetzt: Es ist Zeit zu handeln!

Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency („Klimanotstandes“) [1]

[1] Die Begriffe „Klimanotstand“ resp. „Climate Emergency“ sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen ist der Klimawandel zu spüren, so sind zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz-, Friedens- und soziales Problem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zielführende Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung dauerhaft auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln!

Der Kreistag Euskirchen erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Der Kreistag wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Hierzu sind die bereits vorhandenen organisatorischen und personellen Ressourcen einzusetzen und die bisher erreichten Ergebnisse unter neuer Priorisierung fortzuschreiben und weiter zu entwickeln.
- Der Kreistag fordert von der Bundesregierung ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Zur konkreten Umsetzung werden auch die örtlichen politischen Vertreter im Bundes- und Landtag angesprochen.

- Der Kreistag wird umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Der Kreistag fordert den Landrat auf, dem Kreistag und der Öffentlichkeit alle sechs Monate über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörg Grutke
-Fraktionsvorsitzender-

Für die Richtigkeit:

gez. C. Schmid
Conny Schmid
-Fraktionssekretärin-